

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte
am 10.09.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 21:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Suchla

Bezirksbürgermeister

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hennke
Frau Dr. Lentz
Herr Tiemeier
Frau Jakupi

1. Stellv. Bezirksbürgermeisterin
Fraktionsvorsitzende

SPD

Herr Bevan
Frau Poly
Frau Richter

Fraktionsvorsitzender

Die Linke

Frau Lachenmaier
Frau Mönter
Herr Stiesch
Herr Dr. Schmitz

Fraktionsvorsitzender

CDU

Frau Heckerath
Herr Kasumovic
Herr Langeworth

Fraktionsvorsitzende

2. stellv. Bezirksbürgermeister

AfD

Herr Villwock

FDP

Herr Kasper

Nicht anwesend:

Herr Peter (parteilos)

Verwaltung

Herr Erster Beigeordneter Nürnberger
Herr Döding
Herr Lewald

Dezernat 5
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Amt für Verkehr

Schriftführung

Herr Gabriel

Büro Oberbürgermeisterin und Rat

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Suchla begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur 9. Sitzung form- und fristgerecht zugegangen und die Bezirksvertretung Mitte beschlussfähig ist.

Ferner führt er aus, dass unter den Tagesordnungspunkten 2.3, 4.6, 4.8, 4.10, 6.2, 6.3, 14.1, 16.1, 23.4 und 23.5 neue Dokumente zur Kenntnisnahme in das Gremieninformationssystem eingepflegt worden seien.

Im Anschluss weist er darauf hin, dass sich die Fraktionen in der Vorbesprechung darüber geeinigt haben, dass die Tagesordnungspunkte 8 und 15 auf Antrag der CDU-Fraktion in erster Lesung ohne Aussprache behandelt werden.

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte

Herr Suchla eröffnet die Einwohnerfragestunde und erläutert den Anwesenden den Ablauf. Im Anschluss melden sich mehrere Einwohnerinnen und Einwohner zu Wort.

Eine Bürgerin fragt warum keine Bäume entlang der Fahrradstraße (Ehlentruper Weg) gepflanzt worden seien. Sie führt an, dass die derzeitige Begrünung nicht ausreiche.

Frau Canbaba würde gerne wissen, wie die Planungen für den Containerbau, nach dem Jahr 2028 aussehe. Die derzeitigen Zustände seien in dieser Form für die Anwohnenden nicht mehr zumutbar.

Frau Engels fragt, wie die geplante Umsetzung der Planungen zum Ostmarkt sichergestellt werden könne. Als zweites würde sie gerne wissen, wie sichergestellt werde, dass die geplanten Fördermittel in voller Höhe gesichert werden können.

Ein Bürger würde gerne wissen, ob die Verwaltung eine Aufstellung der Wohnungen zur Kurzzeitvermietung im Bezirk Mitte in den letzten fünf Jahren zur Verfügung stellen könnte.

Eine Bürgerin stellt die Frage, ob die Verwaltung einen Überblick über die Versiegelung von privaten Gärten und Grünflächen habe und diese bereitstellen könnte.

Eine weitere Bürgerin würde gerne wissen, wie viele leerstehende Wohnungen aktuell im Bezirk Mitte vorhanden seien.

Herr Gözes würde gerne wissen, wie die Verwaltung mit den Lärmbelästigungen für die Anwohnenden, durch die Bewohner der Containersiedlung an der Ernst-Rein-Straße, in Zukunft umgehen werde und was geplant sei, um diese zu verhindern. Der derzeitige Zustand sei nicht mehr zumutbar. Zudem sei der benachbarte Spielplatz durch die Verschmutzung mit Drogenutensilien nicht mehr nutzbar.

Frau Knull wüsste gerne, warum eine Baugenehmigung zur Versiegelung einer Großfläche für den Edeka-Supermarkt an der Huberstraße erteilt worden sei.

Frau Orak würde gerne wissen, ob es eine Möglichkeit gäbe den vorhandenen Verkehr in der Ernst-Rein-Straße besser zu regeln oder gar die Parkmöglichkeiten in der Straße aufzuheben, um das derzeitige Verkehrschaos zu lösen.

Herr Suchla teilt mit, dass die Fragen zur Beantwortung an die Verwaltung weitergegeben würden.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils von Niederschriften der Bezirksvertretung Mitte

Zu Punkt 2.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 5. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 19.03.2026

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 19.03.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 6. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 29.04.2026

Herr Suchla verweist auf die heute hochgeladene Niederschrift im Ratsformationssystem.

Herr Stiesch bittet darum, dass auf Seite 16, Punkt 14 das Wort „moBiel“ in „Stadtwerke“ zu ändern.

Das Gremium fasst im Anschluss folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 6. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 29.04.2026 wird, unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderung, nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 7. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 18.06.2026

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Normenkontrollverfahren gegen die Gestaltungssatzung „Joseph-Haydn-Straße“ sowie die Erhaltungssatzung „Joseph-Haydn-Straße“

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Mitteilung.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Verkehrsversuch zur Führung der Fahrradstraße im Bereich Teutoburger Straße und Rohrteichstraße

Herr Lewald informiert mündlich über den Verkehrsversuch. Die schriftliche Mitteilung werde im Nachgang der Sitzung im Ratsinformationssystem veröffentlicht..

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Herr Suchla bittet die Verwaltung darum, auch Zwischenstände zu Anfragen dem Gremium mitzuteilen.

Zu Punkt 4.1 Mögliche Nutzung der Brachfläche an der Bielsteinstraße (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1147/2025-2030

Es liegt keine Antwort der Verwaltung vor. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Entfernung von (Straßen-) Bäumen in Bielefeld Mitte (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1542/2025-2030

Es liegt keine Antwort der Verwaltung vor. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Parken im Halteverbot in der Arndtstraße (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1543/2025-2030

Es liegt keine Antwort der Verwaltung vor. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Müllsituation Heeper Fichten (Anfrage der SPD-Fraktion vom 10.06.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1562/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Herr Bevan bittet die Verwaltung die wilden Müllablagerungen und die Verstöße gegen das Grillverbot zu ahnden. Anschließend fragt Frau Hecker-oth, ob es möglich sei eine Auflistung der bisherigen Verwarnungen und der Gesamthöhe der bisherigen Verwarngelder von der Verwaltung zu erhalten.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Kosten der Pömpel-Aktion an der Lina-Oetker-Straße (Anfrage von Herrn Kasper [des Einzelvertreters der FDP] vom 11.08.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1810/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.6 Abbau des Basketballkorbs in den Sommerferien / Gertrud-Bäumer Realschule (Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen vom 20.08.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1844/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Frau Dr. Lentz kann die Antwort der Verwaltung nicht nachvollziehen. Sie fragt, ob die Lärmemission jemals von der Verwaltung gemessen worden sei.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.7 Aktueller Stand INSEK Nördliche Innenstadt (Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 20.08.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1847/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Ratsformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Die Mitglieder des Gremiums teilen mit, dass die Antwort elektronisch nicht einsehbar sei. Die Anfrage wird auf die nächste Sitzung vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 4.8 Aufstellen von Fahrradbügeln in der Hermannstraße (Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.08.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1873/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Ratsformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Frau Heckeroth bittet darum, dass die Verwaltung bei solchen Maßnahmen die Bezirksvertretung in Zukunft vorher informiert.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.9 Möglichkeit zur Auflage von nachträglichen baulichen Veränderungen (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 08.01.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0270/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die im Ratsformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Herr Stiesch bittet die Anfrage zu vertagen, da er die Antwort noch nicht gelesen habe.

-vertagt-

-.-.-

Zu Punkt 4.9.1 Ausstehende Beantwortung der Anfrage 0270-2025/26 (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 01.09.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1887/2025-2030

Herr Stiesch bittet die Anfrage zu vertagen, da er die Antwort noch nicht gelesen habe.

-vertagt-

-.-.-

Zu Punkt 4.10 Verkehrsregelung Bückardtschule & Helmholtzgymnasium (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 01.09.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1888/2025-2030

Herr Stiesch bemängelt die Antwort der Verwaltung. Er beanstandet, dass die Situation vor Ort für den Schülerverkehr nicht sicher sei. Er hoffe, dass das Amt für Verkehr für die bestehende Verkehrssituation in Zukunft eine bessere Lösung finde.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Verkehrssicherheit und Lärmschutz an der Schloßhofstraße (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 20.08.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1848/2025-2030

Frau Dr. Lentz begründet den vorliegenden Antrag.

Im Anschluss beantragt Frau Heckerroth die einzelnen Spiegelstriche einzeln abzustimmen. Sie sei der Meinung, dass ein ganztätiges Tempo 30 zu Verkehrsbehinderungen führen werde. Dieser Einschätzung schließt sich Herr Kasper an. Anderer Meinung ist Herr Stiesch, der ein Tempo 30 aufgrund der fehlenden Fußgängerquerrungen für notwendig hält.

Das Gremium stimmt dem Geschäftsordnungsantrag von Frau Heckerroth zu und fasst folgenden

Beschluss:

Zur Verbesserung des Lärmschutzes und der Verkehrssicherheit an der Schloßhofstraße bitten wir die Verwaltung folgende Maßnahmen zu prüfen und die Ergebnisse der Bezirksvertretung Mitte vorzulegen:

- **Einrichtung von Tempo 30 nachts auf der Schloßhofstraße aufgrund von Lärmschutz**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

- **Einrichtung von Tempo 30 ganztägig zwischen Melanchton und Turmstraße zum Schutz von Fußgängern und Radfahrern**

- mit Mehrheit beschlossen -

- **Erneuerung der rechts-vor links Markierungen**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

- **Einrichtung einer sicheren Quermöglichkeit zwischen Melanchton- und Turmstraße**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

- **Maßnahmen zur Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung auch in den umliegenden Tempo 30 Straßen**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

- **ggf. alternative Maßnahmen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und den Lärmschutz zu verbessern**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Der Antrag ist in Gänze beschlossen.

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Aufstellfläche für Radfahrer an der Kreuzung Feilenstraße / Bahnhofstraße (Antrag der Fraktion Die Linke vom 01.09.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1886/2025-2030

Herr Stiesch begründet den vorliegenden Antrag. Zudem bittet er die Verwaltung, die umzusetzenden Maßnahmen im Vorfeld der Bezirksvertretung vorzustellen.

Im Anschluss fasst das Gremium folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung prüft, ob an der Kreuzung Feilenstraße / Bahnhofstraße für Radfahrende, die aus Richtung Jöllenbeck kommen und weiter zum Hauptbahnhof fahren wollen, eine Aufstellfläche im Anfangsbereich der Fußgängerzone eingerichtet wird. In der Grünphase für Fahrzeuge aus der Fußgängerzone bzw. bei Fußgängergrün können diese dann gefahrlos die Kreuzung Richtung Hauptbahnhof queren. Der Bereich wird für Radfahrende entsprechend ausgeschildert. Vor der Umsetzung legt die Verwaltung der Bezirksvertretung Mitte einen Plan vor, aus dem die konkrete Ausgestaltung der Maßnahme hervorgeht.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

Zu Punkt 6.1 Bürgereingabe zum Erhalt historisch bedeutender Häuser & bezahlbaren Wohnraums, Siegfriedstraße 77 & 79 (Eingabe vom 15.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1116/2025-2030

Frau Kleinert begründet die vorliegende Eingabe.

Herr Stiesch kann die Stellungnahme der unteren Denkmalschutzbehörde nicht nachvollziehen. Er widerspreche ihr und verweist auf die schützenswerten Fassadenfronten.

In der sich anschließenden Diskussion sprechen sich Herr Kasper und Frau Heckeroth gegen die vorliegende Eingabe aus. Beide verweisen darauf, dass mit solchen Eingaben nötige neuen Bauprojekte in Bielefeld verzögert oder gar verhindert würden. Frau Heckeroth bittet zusätzlich darum, dass die Verwaltung sich mit dem Investor in Verbindung setze und darauf hinwirke, dass kein „Einheitsbau“ an der Stelle der zwei Wohnhäuser entstehe.

Frau Richter beantragt die Eingabe in Einzelpunkten abzustimmen.

Nach der kurzen, sich anschließenden Diskussion stellt Herr Kasper den Antrag auf 1. Lesung der Eingabe.

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Kasper wird mit Mehrheit abgelehnt.

Im Anschluss stimmt das Gremium dem Antrag von Frau Richter zu und fasst folgenden

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob eine Vermeidung des Abrisses der Wohnhäuser Siegfriedstraße 77 und 79 möglich ist.**

- bei einigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen -

- 2. Die Prüfung eines Denkmalschutzes für beide Häuser.**

- bei Stimmengleichheit abgelehnt –

- 3. Die Verwaltung wird gebeten eine zeitnahe Kommunikation mit dem Eigentümer zur Findung einer Lösung für eine sozialverträgliche und nachhaltige Entwicklung der beiden Häuser zu finden.**

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

Die Punkte 1 und 3 der Eingabe sind beschlossen.

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Vorschlag zur Einrichtung einer Hundefreilauffläche am ehemaligen Minigolfplatz Am Venn (Eingabe vom 07.08.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1804/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung im Ratsinformationssystem.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten am ehemaligen Minigolfplatz Am Venn eine Hundefreilauffläche mit Umzäunung, Sitzgelegenheiten und Abfalleimern sinnvoll einzurichten.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.3 Entfernung der Bank vor dem Hause Laerstraße 1 (Eingabe vom 25.08.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1874/2025-2030

Herr Stiesch widerspricht der Eingabe. Er verweist darauf, dass es nicht gewünscht sein könne, dass Bänke in Bielefeld entfernt würden, weil sich dort Menschen aufhalten, die einem persönlich unangenehm seien. Es sei wichtig, dass Bänke im Stadtumfeld vorhanden seien, damit sich vor allem auch Menschen mit körperlichen Gebrechen oder Behinderungen während eines Fußweges ausruhen könnten.

Frau Jakupi stimmt den Ausführungen von Herrn Stiesch zu und verweist darauf, dass durch solche Maßnahmen eine Verdrängung benachteiligter Menschen stattfinde.

Anschließend verweisen Herr Kasper und Frau Heckeröth darauf, dass durch Drogenkonsum und Vermüllung an der Stelle zur Entstehung von Angsträumen führten und deshalb die Sitzgelegenheit an der genannten Stelle entfernt werden sollte.

Das Gremium fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten die Bank vor dem Hause Laerstraße 1 samt Mülleimer zu entfernen.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7**Sachstand Ernst-Rein-Straße**

Herr Beigeordneter Nürnberger und Herr Döding erläutern detailliert die derzeitigen Verhältnisse und den aktuellen Sachstand an der Ernst-Rein-Straße. Im Anschluss gehen Herr Nürnberger und Herr Döding auf die Fragen aus dem Gremium ein.

Herr Beigeordneter Nürnberger teilt mit, dass seitens der Verwaltung, die Beschwerden der Anwohnenden wahrgenommen würden und die Verwaltung versuche auf diese bestmöglich einzugehen. Herr Döding erläutert, dass die Verwaltung verschiedene Maßnahmen vorbereitet habe und auch durchführe, um weitere Unannehmlichkeiten für die Anwohnenden zu vermeiden. Dazu gehöre, dass die Verwaltung ansprechbar für die Anwohnenden sei und eine jederzeit erreichbare Telefonnummer des Sicherheitsdienstes bekannt sei. Des Weiteren sei der Sicherheitsdienst auf dem Containergelände aufgestockt worden. Die Security sei abends mit zwei Personen vor Ort. Zudem sei die von der Security zu begehende Fläche auf die anliegende Bebauung und Straßen erweitert worden.

Bethel.regional kümmere sich auf dem Containergelände und drumherum um Verschmutzungen durch Drogennutzung. Herr Nürnberger ergänzt, dass er versuchen werde, dass die Drogenberatung mit ihren Mitteln den benachbarten Spielplatz und die benachbarte Grünanlage regelmäßig von Verschmutzungen säubere.

Zusätzlich sei der kommunale Ordnungsdienst beauftragt worden in einem Pilotprojekt zwei Wochen im Gebiet intensiv zu patrouillieren.

Auf die Frage, nach eventuellen Platzproblemen in der Containersiedlung, teilt Herr Beigeordneter Nürnberger mit, dass ausreichend Unterkunftsplätze zur Verfügung stünden.

Im Anschluss berichtet Herr Beigeordneter Nürnberger, dass die Verwaltung beabsichtige nach dem Jahr 2028 bauliche Veränderungen an der Unterkunft vorzunehmen. Dies beinhalte unter anderem auch Sicht- und Lärmschutzmaßnahmen. Die Planung für einen Umbau befinde sich aber noch in einem sehr frühen Stadium. Er werde aber sowohl die Bezirksvertretung als auch die Anwohnenden rechtzeitig über den Sachstand informieren. Des Weiteren schlage er vor, eine Begehung des Umfelds mit dem Sozial- und Kriminalpräventiven Rat der Stadt Bielefeld zu terminieren, um etwaige Angsträume zu identifizieren und geeignete Kontermaßnahmen einzuleiten. Auf den Vorschlag eine Infoveranstaltung zu organisieren, erwidert Herr Nürnberger, dass dies in Zukunft geplant sei, wenn neue Sachstände zur Unterkunft oder damit zusammenhängende Maßnahmen anstünden.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8**Gestaltungssatzung "Am Lehmstich"****- Stadtbezirk Mitte -****Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1044/2025-2030

Herr Suchla teilt mit, dass die CDU-Fraktion vorgeschlagen habe, vor einer Beschlussfassung noch eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen. Die Vorlage soll deshalb nur in 1. Lesung behandelt werden. Das Gremium stimmt dem Vorschlag zu.

- 1. Lesung -

Zu Punkt 9

Bebauungsplan Nr. III/3/27.02 "Bildungscampus Herforder Straße / Feldstraße" und Flächennutzungsplan, 264. Änderung - Stadtbezirk Mitte - Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschlüsse

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1300/2025-2030

Herr Dr. Schmitz beantragt, dass auf der zweiten Seite der Begründung das Wort „derzeit“ ergänzt werde. Zusätzlich würde er gerne im Protokoll festgehalten haben, dass eine Tempo 30 Zone und die Fuß- und Radwege um die Schule herum geprüft werden.

In der sich anschließenden Diskussion einigt sich das Gremium darauf dem Antrag von Herrn Dr. Schmitz nicht zu folgen. Er zieht daraufhin seinen Antrag zurück und bittet darum, dass im Protokoll festgehalten werde, dass es wünschenswert sei, sich bei Bedarf der Umsetzung einer Sekundarschule auf dem Gelände nicht zu widersetzen.

Abschließend weist Herr Langeworth darauf hin, dass die in der Diskussion angesprochenen verkehrlichen Maßnahmen in die Zuständigkeit des Amtes für Verkehr fielen und nicht durch dem vorliegenden B-Plan beschlossen werden müssten.

Das Gremium fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

1. **Der Bebauungsplan Nr. III/3/27.02 „Bildungscampus Herforder Straße/ Feldstraße“ für das Gebiet südlich der Herforder Straße, westlich der Feldstraße, nördlich der Flurstücke 1219, 1542 und 1570 sowie östlich der Flurstücke 14, 1118, 1156 und 1335 wird mit dem Text und der Begründung als Entwurf beschlossen.**
2. **Gleichzeitig wird die 264. Änderung des Flächennutzungsplanes „Bildungscampus Herforder Straße/ Feldstraße“ im Parallelverfahren laut Änderungsplan und Begründung als Entwurf beschlossen.**
3. **Die Entwürfe des Bebauungsplanes und der Änderung des Flächennutzungsplanes sind mit den Begründungen und den wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) im Internet zu**

veröffentlichen. Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet sind die Unterlagen gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB öffentlich auszulegen. Vor Beginn der Veröffentlichungsfrist hat die ortsübliche öffentliche Bekanntmachung gemäß § 3 Absatz 2 Satz 4 BauGB mit den erforderlichen Angaben und Hinweisen zu erfolgen.

4. Parallel zur Auslegung sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 2 BauGB zu beteiligen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

INSEK Baumheide | Ergebnisse des städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerbs „Grüne Kammerratsheide“ und weitere Beauftragung der Planungsleistung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1781/2025-2030

Ohne Aussprache fasst das Gremium folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

1. Der Empfehlung des Preisgerichts zum städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerb „Grüne Kammerratsheide“ wird gefolgt.

2. Mit den ersten Preisträgern Franz Reschke Landschaftsarchitektur und Studio Wessendorf aus Berlin soll über die Beauftragung der weiteren Planungsleistung verhandelt werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept Innenstadt (INSEK Innenstadt)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1814/2025-2030

Herr Suchla weist darauf hin, dass bei Ablehnung oder Vertagung der Vorlage eine erneute Beantragung der Förderung erst im Jahr 2027 neu angestoßen werden könne.

Ohne Aussprache fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld das INSEK Innenstadt zu beschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Förderantrag im Rahmen des INSEK Innenstadt im Oktober 2026 für das Städtebauförderprogramm STEP 2027 für zehn Maßnahmen (s. Anlage) zu stellen und die notwendigen planerischen Grundlagen zu erarbeiten.
3. Der Übernahme der notwendigen kommunale Eigenanteile zur Umsetzung der Maßnahmen des INSEK Innenstadt in Höhe von 9,75 Mio. Euro wird zugestimmt. Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Anpassungen bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2027 ff. sowie im Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebes zu berücksichtigen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12**Befreiung nach § 31 Absatz 3 BauGB, hier: Voranfrage zur Vergrößerung und Änderung der Gebädekubatur, Jöllheide 14**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0462/2025-2030

Herr Bevan bittet darum, dass zukünftig genaue Angaben zur Kubatur aufgeführt würden. Zusätzlich ergänzt Frau Dr. Lentz, dass es wünschenswert sei, wenn generell detaillierter bei solchen Informationsvorlagen seitens der Verwaltung berichtet werde.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13**Befreiung nach § 31 Absatz 3 BauGB; hier: Antrag auf Vorbescheid zum Umbau und Aufstockung einer ehemaligen Kirche in ein Mehrfamilienhaus mit 18 WE, Taubenstraße 14**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1786/2025-2030

Frau Poly bittet darum, dass die Verwaltung zukünftig detailliertere Darstellungen vorlege.

In der weiteren Diskussion einigt sich die Bezirksvertretung darauf, dass die Verwaltung, wenn notwendig bei solchen Informationen eingeladen werde.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14**Umgestaltung des Ostmarktes, hier: Vorstellung der Planung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

1451/2025-2030

1451/2025-2030/1

1961/2025-2030 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und Herrn Kasper
[Einzelvertreter FDP]

Herr Kasumovic begründet den vorliegenden Änderungsantrag. Dabei stellt er vor, dass insbesondere die Kosten für einen Umbau gemindert werden sollten und die Erhaltung von weiteren Parkplätzen wichtig sei. Ihm schließt sich Herr Kasper an. Er führt zusätzlich an, dass durch den geplanten Pocket-Park zu viele Stellplätze entfallen würden.

Herr Bevan bietet an, dass der geplante Glascontainer gerne entfallen könne, aber die restliche Planung müsse bleiben, um die Förderung für den Umbau des Ostmarktes zu erhalten.

Herr Lewald teilt mit, dass nur dann die anvisierten Fördermittel gewährt werden würden, wenn eine Klimaverbesserung durch den Umbau entstünde. Eine teilweise Umsetzung würde zu erhöhten Verwirklichungskosten und zu niedrigeren Fördermitteln führen. Im weiteren Verlauf erklärt er, dass aufgrund der Verwurzelung der vorhandenen Bäume der Gehweg innenseitig verlegt werden müsse und deshalb zum Teil eine Reduzierung der Parkplätze erfolge.

Der Glascontainer sei lediglich ein Vorschlag der Verwaltung, müsse aber nicht zwingend umgesetzt werden, da er nicht förderfähig sei. Sollte die Bezirksvertretung der vorgestellten Vorlage zustimmen, würde die Verwaltung den konkreten Antrag bei der Bezirksregierung stellen.

-.-.-

Der Änderungsantrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Die Nachtragsvorlage der Verwaltung nimmt das Gremium zur Kenntnis.

Ohne weitere Aussprache fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss über Drucks.-Nr.:1451/2025-2030

Die Bezirksvertretung beschließt

1. die Umgestaltung des Ostmarktes auf Grundlage der vorliegenden Planung (s. Anlage).
2. die Planung eines Beteiligungskonzepts zur Gestaltung des Pocketparks und dessen anschließende Durchführung.
3. die Umplanung des Bestandsgebäudes zur Aufwertung der vorhandenen Toilettenanlage und Optimierung der Raumaufteilung voranzutreiben.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15 Verbesserung der Querungssituation im Umfeld der KiTa „Falkenbande“ sowie Stärkung der Grünzugverbindung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1338/2025-2030

Herr Suchla teilt mit, dass sich die Fraktionen auf eine weitere Lesung ohne Aussprache geeinigt hätten (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

- 2. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 16 Altstadt.raum, hier: Ausstattungselemente und Pflasterflächen auf dem Klosterplatz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

1830/2025-2030

1980/2025-2030 Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

Frau Mönter begründet den vorliegenden Antrag und bittet darum, dass die Wörter „Wir empfehlen:“ dem Antrag hinzugefügt werden.

Anschließend widersprechen Herr Langeworth und Herr Kasper dem Antrag. Aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation sei eine sofortige Umsetzung nicht durchführbar. Zudem müsse bedacht werden, dass durch eine Toilettenanlage hohe Folgekosten entstünden. Zwar sei nicht abstreitbar, dass der Innenstadtbereich mehr öffentliche Toiletten bräuchte, aber eine Installation mitten auf dem Klosterplatz sei nicht wünschenswert.

-.-.-

Der Änderungsantrag wird mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

-.-.-

Beschluss über Drucks.-Nr.1830/2025-2030:

1. Die Ausstattungselemente werden gemäß den Empfehlungen des Kernteams ausgewählt.
2. Die Anforderungen an die Pflasterbeläge werden gemäß den Empfehlungen des Kernteams beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17**Einrichtung von Stellplätzen für Krafträder im Bereich des Altstadt-Hufeisens**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1835/2025-2030

Frau Heckeroth lobt die Verwaltung für die schnelle Umsetzung des Beschlusses aus der letzten Bezirksvertretungssitzung.

Herr Kasper regt an, dass die Verwaltung bis Ende des Jahres über den Sachstand der Umsetzung informiere.

Abschließend bittet Herr Stiesch die Verwaltung zu prüfen, ob von den vorhandenen Taxistellplätzen nicht ein oder zwei Plätze in Krafträderstellplätze umgewandelt werden könnten. Das würde die Verkehrssituation für Fußgänger und Radfahrer erleichtern.

Herr Suchla sieht die Vorlage als einen guten Auftakt und wünscht sich für die Zukunft auch Stellplätze im Bereich der City zwischen Jahnplatz und Bahnhof.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, an den in der Begründung genannten Standorten im Bereich des Altstadt-Hufeisens Stellplätze für Krafträder einzurichten und diese entsprechend der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) mit Zeichen 314 und dem Zusatzzeichen 1010-62 zu beschildern.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 18**Sanierung der August-Bebel-Straße zwischen Nikolaus-Dürkopp-Straße und Friedrich-Verleger-Straße****hier: Ergebnisse Simulation Minikreisverkehr August-Bebel-Straße/Viktoriastraße**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1856/2025-2030

Auf Nachfragen aus dem Gremium antwortet Herr Lewald, dass die durchgeführte Simulation nachträglich den Bezirksvertretungsmitgliedern noch zur Verfügung gestellt werde. Zudem werde die Verwaltung in Zukunft versuchen, bei solchen Maßnahmen eine Kostenaufstellung in die Vorlagen aufzunehmen.

Des Weiteren führt er aus, dass aus Sicht der Verwaltung, die Variante eines Kreisverkehrs an der Stelle nicht sinnvoll sei. Der generelle Verkehrsfluss sowie auch der ÖPNV-Verkehr würden durch einen Kreisverkehr stark eingeschränkt werden und zu erheblichen Behinderungen führen.

Auch wenn keine Linksabbiegerspur im Beschlussvorschlag der Vorlage enthalten sei, gäbe es dennoch die Möglichkeit, auf Wunsch des Gremiums, eine einzurichten. Eine mögliche Linksabbiegerspur sei in der Anlage 3 Variante C abgebildet. Zu den Gesamtkosten der Planung könne er im Moment keine genaue Auskunft geben; würde aber eine Aufstellung nachreichen.

Im Anschluss schlägt Herr Langeworth vor, dass die Anlage 3, Variante C, mit der Änderung, dass die Abbiegespur auf 5,50 m erhöht werde, umgesetzt werde.

Zudem beantragt Herr Stiesch, dass Anlage 3, Variante C, ohne weitere Fahrbahnerweiterung umgesetzt werde.

Das Gremium stimmt dem Vorschlag von Herrn Langeworth zu und fasst folgenden

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Simulation des Verkehrsablaufes und der Bedürfnisse des ÖPNV erfolgt die Umgestaltung der Kreuzung August-Bebel-Straße/Viktoriastraße als Kreuzung mit Lichtsignalanlage und einer 2-Phasen-Steuerung entsprechend der Anlage 3, Variante C - modifiziert. Zusätzlich soll die Breite der Linksabbiegeaufstellflächen in der August-Bebel-Straße von 5,00 m auf 5,50 m zu Lasten der Gehwegbreiten erhöht werden.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19

Aktuelle Straßenbaustellen 2026 - Stand 08/2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1843/2025-2030

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 20

Verbesserung der Wegeverbindung bei der Bahnunterführung im Luttergrünzug- hier: Gestattungsvertrag mit der Deutschen Bahn AG

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1777/2025-2030

Herr Bevan bittet darum, dass das Schild „Fahrradfahrer bitte absteigen“ wieder aufgestellt werde.

Das Gremium stimmt seinem Vorschlag zu und fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte stimmt dem Abschluss eines Gestattungsvertrages zwischen der Stadt Bielefeld und der Deutsche Bahn AG zu.

Zusätzlich soll das Schild „Fahrradfahrer absteigen“ wieder aufgestellt werden.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 21

Berichterstattung aus dem Kooperationsmodell Streetwork

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1827/2025-2030

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.--

Zu Punkt 22

Weiterentwicklung der Hilfen - Maßnahmen zur Reduzierung von Verelendung bei Menschen auf der Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1828/2025-2030

Herr Kasper kritisiert, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen dem Zürcher Modell sehr nahekämen, aber bisher das Modell von der Verwaltung immer abgelehnt werde.

Herr Langeworth bittet zusätzlich darum, dass die in Punkt 1 aufgeführte „90/10 Regelung“ weiterhin eingehalten werde. Zudem hebt er hervor, dass die in Punkt 2 gemachte Aussage, keine Unterstandsgelegenheiten im Stadthallenpark einzurichten, eingehalten werden müsse.

Abschließend stellt Herr Stiesch den Antrag, den letzten Satz im Punkt 2 des Beschlussvorschlags zu streichen. Sein Antrag wird abgelehnt und das Gremium fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Drogenberatung e. V., den Zugang zum Drogenhilfezentrum – insbesondere zum Drogenkonsumraum – weiterhin auch für Nicht-Bielefelderinnen zu ermöglichen, sofern diese der Bielefelder Szene zuzuordnen sind. Dabei orientiert sich der Anteil der Nutzerinnen ohne Bielefelder Wohnsitz an der sog. 90/10 Regelung und ist systematisch zu erfassen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin zu prüfen, ob alternative Aufenthaltsflächen für die offene Drogenszene – z.B. in direkter Nähe zum Drogenhilfezentrum als Ausweichort zum Treffpunkt an der „Tüte“ angeboten werden können.

Dementsprechend werden vorerst keine Unterstandsgelegenheiten im Stadthallenpark errichtet.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, als Ersatz für eine bahnhofsnahe Anlaufstelle die Einrichtung eines Nachtcafés am Drogenhilfzentrum zu prüfen.
4. Da die Kombination verschiedener Angebote Synergieeffekte schaffen kann, wird die Verwaltung außerdem beauftragt, die Errichtung einer neuen Wohnungslosenunterkunft am Drogenhilfzentrum zu prüfen.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 23 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 23.1 Beschlusscontrolling der BV Mitte zur Drucksache 0864/2025-2030 - Optimierung Wegebeziehung Stadthallenumfeld - Ostmannturmviertel

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.--

Zu Punkt 23.2 Beschlusscontrolling der BV Mitte zur Drucksache 0863/2025-2030 - Aufstellung von saisonalen Mülltonnen in Parkanlagen (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.03.2026)

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.--

Zu Punkt 23.3 Beschlusscontrolling der BV Mitte zur Drucksache 10506/2020-2025 - Antrag Überweg Hakenort (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2025)

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.--

Zu Punkt 23.4 Beschlusscontrolling der BV Mitte zur Drucksache 1512/2025-2030 - Errichtung zusätzlicher Fahrradbügel an der Bückardtschule (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2026)

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.--

Zu Punkt 23.5 Beschlusscontrolling der BV Mitte zur Drucksache 1514/2025-2030 - Verbesserung der Verkehrssituation im Umfeld der Grundschule Hellingskampschule (gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 07.06.2026)

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Herr Suchla stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

[Nichtöffentliche Sitzung]

Suchla
Bezirksbürgermeister

Gabriel
Schriftführung